

MATTHIAS FELIX HENKE

Enthält die Liste des  
Anhangs der Klauselrichtlinie  
93/13/EWG Grundregeln des  
Europäischen Vertragsrechts?

*Max-Planck-Institut  
für ausländisches und internationales  
Privatrecht*

*Studien zum ausländischen  
und internationalen Privatrecht*

247

---

**Mohr Siebeck**

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

247

Herausgegeben vom

Max-Planck-Institut für ausländisches  
und internationales Privatrecht

Direktoren:

Jürgen Basedow, Holger Fleischer und Reinhard Zimmermann





Matthias Felix Henke

Enthält die Liste des Anhangs  
der Klauselrichtlinie 93/13/EWG  
Grundregeln des Europäischen  
Vertragsrechts?

Mohr Siebeck

*Matthias Felix Henke*, geboren 1981; 2001–2006 Studium der Rechtswissenschaft und Begleitstudium Europarecht in Würzburg, 2006–2007 Aufbaustudium Europarecht, 2007 Magister im Europäischen Recht; 2007–2009 Rechtsreferendariat im OLG-Bezirk Bamberg; seit 2010 Richter in NRW.

e-ISBN PDF 978-3-16-151432-6

ISBN 978-3-16-150360-3

ISSN 0720-1141 (Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2010 Mohr Siebeck Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde-Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von Buchbinderei Nädle in Nehren gebunden.

Meinen Eltern



## Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde von der Juristischen Fakultät der Bayerischen Julius-Maximilians-Universität Würzburg im Sommersemester 2009 als Dissertation angenommen.

Ganz herzlich bedanken möchte ich mich bei meinem Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Oliver Remien, der die Idee zu der Arbeit hatte und sie engagiert betreute. Bei Herrn Prof. Dr. Jan Dirk Harke bedanke ich mich für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens.

Mein Dank gilt auch dem Cusanuswerk, das mich im Studium und bei der Anfertigung der Dissertation finanziell unterstützte.

Den größten Dank aber möchte ich meinen Eltern aussprechen, die mir auf meinem bisherigen Lebensweg stets mit Rat und Tat zur Seite standen.

Matthias Felix Henke, Weihnachten 2009



## Inhaltsübersicht

Kapitel A: Einführung und Methode .....	1
I. Einführung .....	1
II. Methode .....	9
Kapitel B: Auswertung der Liste des Anhangs der Klauselrichtlinie.....	23
I. Überblick .....	23
II. Haftung bei Tötung und Körperverletzung (lit. a).....	24
III. Rechte bei Leistungsstörung (lit. b Teil 1) .....	34
IV. Aufrechnung (lit. b Teil 2).....	45
V. Bedingung (lit. c).....	54
VI. Vorauszahlung, Abschlussfreiheit und Haftung bei Abbruch von Vertragsverhandlungen (lit. d).....	59
VII. Vereinbarung einer Entschädigung wegen Nichterfüllung (lit. e).....	69
VIII. Lösungsrechte vom Vertrag (lit. f und lit. g).....	77
IX. Vertragliche Einigung (lit. h und lit. i) .....	93
X. Bindung an den Vertrag (lit. j).....	107
XI. Einseitige Leistungs- und Preisbestimmung (lit. k und lit. l) .....	116
XII. Auslegung (lit. m).....	128
XIII. Vertretung und Form (lit. n) .....	135
XIV. Einrede des nicht erfüllten Vertrags und Zurückbehaltungs- recht (lit. o) .....	149
XV. Vertrags- und Schuldübernahme (lit. p) .....	157
XVI. Effektiver Rechtsschutz (lit. q).....	166
Kapitel C: Zusammenfassung.....	173
I. Grundregeln des europäischen Vertragsrechts .....	173
II. Tragfähigkeit des Ansatzes.....	178
III. Tabellarische Übersicht .....	180
Literaturverzeichnis.....	187
Anhang: Klauselrichtlinie 93/13/EWG .....	187
Register.....	207



# Inhaltsverzeichnis

Kapitel A: Einführung und Methode .....	1
I. Einführung .....	1
II. Methode .....	9
1) Ausgangspunkt .....	9
2) Vorgehensweise .....	17
3) Grenzen .....	20
Kapitel B: Auswertung der Liste des Anhangs der Klauselrichtlinie.....	23
I. Überblick .....	23
II. Haftung bei Tötung und Körperverletzung (lit. a) .....	24
1) Analyse.....	24
a) Inhalt des Klauselverbots lit. a .....	24
b) Haftung bei Tötung und Körperverletzung als Grundregel .....	25
c) Voraussetzungen.....	27
d) Umfang der Haftung.....	28
e) Ausschluss und Beschränkung der Haftung .....	29
2) Vergleich mit Lando- und Unidroit-Prinzipien, Gandolfi-Entwurf sowie Entwurf eines Gemeinsamen Referenzrahmens.....	30
3) Vergleich mit den Grundsätzen eines Europäischen Deliktsrechts....	31
4) Ergebnis.....	33
III. Rechte bei Leistungsstörung (lit. b Teil 1).....	34
1) Analyse.....	34
a) Vorbemerkung.....	34
b) Inhalt des Klauselverbots lit. b Teil 1 .....	34
c) Schutz der Rechte bei Leistungsstörung als Grundregel.....	35
d) Differenziertes oder einheitliches System der Leistungsstörung? .	36
e) Anspruch auf Erfüllung .....	37
f) Ausschluss und Beschränkung der Rechte bei Leistungsstörung... .	41
g) Sonstige Rechte bei Leistungsstörung .....	42

2) Vergleich mit Lando- und Unidroit-Prinzipien, Gandolfi-Entwurf sowie Entwurf eines Gemeinsamen Referenzrahmens.....	42
3) Ergebnis.....	44
IV. Aufrechnung (lit. b Teil 2).....	45
1) Analyse.....	45
a) Vorbemerkung.....	45
b) Inhalt des Klauselverbots lit. b Teil 2 .....	45
c) Aufrechnung als Grundregel .....	46
d) Aufrechnung kraft Gesetzes oder Aufrechnungserklärung? .....	46
e) Voraussetzungen .....	48
aa) Gegenforderung .....	48
bb) Gegenseitigkeit.....	49
cc) Konnexität .....	49
dd) Gleichartigkeit.....	50
ee) Sonstige Voraussetzungen .....	50
f) Ausschluss und Beschränkung der Aufrechnung .....	51
2) Vergleich mit Lando- und Unidroit-Prinzipien, Gandolfi-Entwurf sowie Entwurf eines Gemeinsamen Referenzrahmens.....	51
3) Ergebnis.....	53
V. Bedingung (lit. c) .....	54
1) Analyse.....	54
a) Inhalt des Klauselverbots lit. c .....	54
b) Bedingung als Grundregel.....	55
aa) Potestativbedingung.....	55
bb) Objektiv ungewisses Ereignis .....	56
cc) Weitere Charakteristika .....	57
2) Vergleich mit Lando- und Unidroit-Prinzipien, Gandolfi-Entwurf sowie Entwurf eines Gemeinsamen Referenzrahmens.....	58
3) Ergebnis.....	59
VI. Vorauszahlung, Abschlussfreiheit und Haftung bei Abbruch von Vertragsverhandlungen (lit. d) .....	59
1) Analyse.....	59
a) Inhalt des Klauselverbots lit. d.....	59
b) Möglichkeit der Vorauszahlung als Grundregel .....	61
c) Abschlussfreiheit als Grundregel .....	63
d) Keine Haftung bei Abbruch von Vertragsverhandlungen als Grundregel .....	65
2) Vergleich mit Lando- und Unidroit-Prinzipien, Gandolfi-Entwurf sowie Entwurf eines Gemeinsamen Referenzrahmens.....	67
3) Ergebnis.....	68

VII. Vereinbarung einer Entschädigung wegen Nichterfüllung (lit. e) .....	69
1) Analyse.....	69
a) Inhalt des Klauselverbots lit. e .....	69
b) Möglichkeit der Vereinbarung einer Entschädigung wegen Nichterfüllung .....	69
c) Möglichkeit der Vereinbarung einer Vertragsstrafe? .....	71
d) Voraussetzungen .....	73
e) Herabsetzung eines unverhältnismäßig hohen Entschädigungsbetrags? .....	75
2) Vergleich mit Lando- und Unidroit-Prinzipien, Gandolfi-Entwurf sowie Entwurf eines Gemeinsamen Referenzrahmens .....	76
3) Ergebnis.....	77
VIII. Lösungsrechte vom Vertrag (lit. f und lit. g) .....	77
1) Analyse.....	77
a) Vorbemerkung.....	77
b) Inhalt der Klauselverbote lit. f und lit. g .....	78
c) Recht auf Lösung des Vertrags als Grundregel .....	80
d) Lösungsgründe .....	83
aa) Auflösungsvertrag.....	84
bb) Lösungsvorbehalte .....	84
cc) Schwerwiegende Gründe und triftiger Grund.....	85
e) Erklärung der Lösung .....	87
f) Fristerfordernisse .....	88
g) Rechtsfolgen.....	89
h) Verbot eines Vertrags auf Ewigkeit .....	90
2) Vergleich mit Lando- und Unidroit-Prinzipien, Gandolfi-Entwurf sowie Entwurf eines Gemeinsamen Referenzrahmens .....	91
3) Ergebnis.....	92
IX. Vertragliche Einigung (lit. h und lit. i) .....	93
1) Analyse.....	93
a) Vorbemerkung.....	93
b) Inhalt der Klauselverbote lit. h und lit. i .....	93
c) Vertragliche Einigung .....	94
d) Voraussetzungen der vertraglichen Einigung .....	98
aa) Übereinstimmende Willensäußerungen .....	99
bb) Tatsächliche Möglichkeit der Kenntnisnahme einer Willensäußerung.....	101
cc) Wille und Willensäußerung .....	103
e) Zeitpunkt des Vertragsschlusses.....	104
f) Weitere Voraussetzungen .....	105

2) Vergleich mit Lando- und Unidroit-Prinzipien, Gandolfi-Entwurf sowie Entwurf eines Gemeinsamen Referenzrahmens.....	106
3) Ergebnis.....	106
X. Bindung an den Vertrag (lit. j).....	107
1) Analyse.....	107
a) Inhalt des Klauselverbots lit. j.....	107
b) Bindung an den Vertrag .....	108
c) Abschwächung der Vertragsbindung .....	111
aa) Einseitige und einvernehmliche Vertragsänderung.....	111
bb) Automatische Verlängerung eines befristeten Vertrags.....	112
cc) Lösungsrecht vom Vertrag bei einseitiger Vertragsänderung	113
2) Weiteres europäisches Sekundärrecht.....	114
3) Vergleich mit Lando- und Unidroit-Prinzipien, Gandolfi-Entwurf sowie Entwurf eines Gemeinsamen Referenzrahmens.....	114
4) Ergebnis.....	116
XI. Einseitige Leistungs- und Preisbestimmung (lit. k und lit. l).....	116
1) Analyse.....	116
a) Vorbemerkung.....	116
b) Inhalt der Klauselverbote lit. k und lit. l .....	117
c) Einseitige Leistungsbestimmung.....	120
d) Einseitige Preisbestimmung .....	121
2) Weiteres europäisches Sekundärrecht.....	125
3) Vergleich mit Lando- und Unidroit-Prinzipien, Gandolfi-Entwurf sowie Entwurf eines Gemeinsamen Referenzrahmens.....	125
4) Ergebnis.....	126
XII. Auslegung (lit. m) .....	128
1) Analyse.....	128
a) Inhalt des Klauselverbots lit. m.....	128
b) Verbot einseitiger Bestimmung der Vertragsgemäßheit.....	129
c) Verbot der ausschließlichen Auslegung einer Vertragsbestim- mung durch eine Vertragspartei.....	131
d) Kriterien für die Auslegung eines Vertrags .....	132
2) Vergleich mit Lando- und Unidroit-Prinzipien, Gandolfi-Entwurf sowie Entwurf eines Gemeinsamen Referenzrahmens.....	134
3) Ergebnis.....	135
XIII. Vertretung und Form (lit. n).....	135
1) Analyse.....	135
a) Inhalt des Klauselverbots lit. n.....	135
b) Zulässigkeit der Vertretung.....	137

c) Voraussetzungen der Stellvertretung.....	140
aa) Handeln des Vertreters für den Vertretenen .....	141
bb) Bevollmächtigung .....	142
cc) Unzulässigkeit besonderer Formvorschriften .....	142
d) Mittelbare Vertretung.....	143
e) Offene Fragen zur Stellvertretung .....	144
f) Allgemeine Formfreiheit von Verträgen.....	145
2) Vergleich mit Lando- und Unidroit-Prinzipien, Gandolfi-Entwurf sowie Entwurf eines Gemeinsamen Referenzrahmens.....	147
3) Ergebnis.....	149
XIV. Einrede des nicht erfüllten Vertrags und Zurückbehaltungs- recht (lit. o).....	149
1) Analyse.....	149
a) Inhalt des Klauselverbots lit. o.....	149
b) Einrede des nicht erfüllten Vertrags.....	151
c) Zurückbehaltungsrecht .....	153
d) Grenzen der Ausübung der Einrede des nicht erfüllten Vertrags und des Zurückbehaltungsrechts .....	154
2) Vergleich mit Lando- und Unidroit-Prinzipien, Gandolfi-Entwurf sowie Entwurf eines Gemeinsamen Referenzrahmens.....	155
3) Ergebnis.....	156
XV. Vertrags- und Schuldübernahme (lit. p).....	157
1) Analyse.....	157
a) Inhalt des Klauselverbots lit. p.....	157
b) Vertrags- und Schuldübernahme .....	159
c) Voraussetzungen.....	160
aa) Vertragstyp .....	160
bb) Zustimmung .....	161
cc) Entbehrlichkeit der Zustimmung .....	161
d) Rechtsfolgen.....	162
2) Vergleich mit Lando- und Unidroit-Prinzipien, Gandolfi-Entwurf sowie Entwurf eines Gemeinsamen Referenzrahmens.....	163
3) Ergebnis.....	165
XVI. Effektiver Rechtsschutz (lit. q).....	166
1) Analyse.....	166
a) Vorbemerkung.....	166
b) Inhalt des Klauselverbots lit. q.....	166
c) Verbot der Rechtsschutzerschwerung .....	167
aa) Rechtsbehelfe bei Gericht und sonstige Beschwerdemittel....	167
bb) Schiedsgerichtsverfahren .....	168

cc) Gerichtsstandsklauseln .....	170
dd) Ungebührliche Einschränkung der Beweismittel und Auferlegung einer nicht zu tragenden Beweislast.....	171
2) Vergleich mit Lando- und Unidroit-Prinzipien, Gandolfi-Entwurf sowie Entwurf eines Gemeinsamen Referenzrahmens.....	172
3) Ergebnis.....	172
Kapitel C: Zusammenfassung.....	173
I. Grundregeln des europäischen Vertragsrechts .....	173
II. Tragfähigkeit des Ansatzes .....	178
III. Tabellarische Übersicht .....	180
Literaturverzeichnis.....	187
Anhang: Klauselrichtlinie 93/13/EWG .....	187
Register.....	207

## Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
ABGB	(österreichisches) Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch
ABIEG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
ABIEU	Amtsblatt der Europäischen Union
Abs.	Absatz
AC	Appeal Cases
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AGBG	Gesetz zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen
ALI	American Law Institute
All ER	All England Law Reports
Anh	Anhang
Aufl.	Auflage
Art.	Artikel
AS	Allgemeines Schuldrecht
AT	Allgemeiner Teil
Begr.	Begründer
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
bzw.	beziehungsweise
CEC	Code Européen des Contrats
CFR	Common Frame of Reference
Ch	Chancery Division
CISG	Convention on Contracts for the International Sale of Goods
Co.	Company
DB	Der Betrieb, Wochenschrift für Betriebswirtschaft, Steuerrecht, Wirtschaftsrecht, Arbeitsrecht
DCFR	Draft Common Frame of Reference
ders.	derselbe
d.h.	das heißt
dies.	dieselben
Doc.	Document
Dr.	Doktor
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
Eg	Entscheidungsgrund, Erwägungsgrund
EG	Europäische Gemeinschaft(en), Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
Einf	Einführung
Einl.	Einleitung

endg.	endgültig
ELJ	European Law Journal
EP	Europäisches Parlament
ERCL	European Review of Contract Law
EU	Europäische Union
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften
EuGVVO	Verordnung (EG) Nr. 44/2001 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 22.12.2000
EuGVÜ	Brüsseler EWG-Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 27.09.1968 idF des 4. Beitrittsübereinkommens vom 29.11.1996
EuR	Europarecht
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWGV	Vertrag zur Gründung einer Europäischen Gemeinschaft vom 25. März 1957
f.	folgende
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
ff.	folgende
Fn	Fußnote
FS	Festschrift
gg	gegen
ggf.	gegebenenfalls
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
GPR	Zeitschrift für Gemeinschaftsprivatrecht
Halbs.	Halbsatz
Hrsg.	Herausgeber
idF	in der Fassung
iVm	in Verbindung mit
JbJZivRWiss	Jahrbuch Junger Zivilrechtswissenschaftler
JBL	Juristische Blätter
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts
JR	Juristische Rundschau
jurisPK-BGBjuris	Praxiskommentar BGB
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
KB	King's Bench
KOM	Kommission der Europäischen Gemeinschaften
lit.	littera
Ltd.	Limited
m.E.	meines Erachtens
MüKo	Münchener Kommentar
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	NJW-Rechtsprechungs-Report Zivilrecht
Nr., Nrn.	Nummer, Nummern
OR	schweizerisches Obligationenrecht
PECL	Principles of European Contract Law
PEECL	Principles of Existing European Contract Law
PEL	Principles of European Law

PEL SC	Principles of European Law, Service Contracts
PETL	Principles of European Tort Law
ProdHG	Produkthaftungsgesetz
Q.B.	Queens's Bench
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RiLi	Klauselrichtlinie
RIW	Recht der internationalen Wirtschaft
Rn	Randnummer
Rs.	Rechtssache
S.	Seite, Satz
SchiedsVZ	Zeitschrift für Schiedsverfahren
SEK	Stellungnahme der Europäischen Kommission
Slg.	Sammlung
SR	Schuldrecht
StudZR	Studentische Zeitschrift für Rechtswissenschaft
StVG	Straßenverkehrsgesetz
SZIER	Schweizerische Zeitschrift für internationales und europäisches Recht
u. a.	unter anderem
UAbs.	Unterabsatz
UPICC	Unidroit Principles of International Commercial Contracts
Überbl	Überblick
v	versus
v.	von
vgl.	vergleiche
Vor	Vorbemerkung
Vorb	Vorbemerkung
Vorbem	Vorbemerkung
VuR	Verbraucher und Recht
WLR	Weekly Law Reports
WM	Wertpapiermitteilungen Teil IV: Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht
z.B.	zum Beispiel
ZBB	Zeitschrift für Bankenrecht und Bankenwirtschaft
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZfRV	Zeitschrift für Rechtsvergleichung
ZGB	Zivilgesetzbuch
ZGS	Zeitschrift für das gesamte Schuldrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht und Insolvenzpraxis
ZPO	Zivilprozessordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZVglRWiss	Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft



„Das Herausschälen von Institutionen des Vertragsrechts auf europäischer Gemeinschaftsebene erscheint ein erstrebenswertes Ziel rechtswissenschaftlicher Tätigkeit. Eine derartige Institutionenlehre wird ihrerseits Einfluß auf die allgemeinen Prinzipien europäischen Vertragsrechts nehmen können.“

Helmuth Heiss  
ZfRV 1995, 54, 59

## Kapitel A

# Einführung und Methode

## I. Einführung

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit der Frage, ob der Liste des Anhangs der Klauselrichtlinie 93/13/EWG<sup>1</sup> Grundregeln für ein europäisches Vertragsrecht entnommen werden können. Sie hat sich das Ziel gesetzt, Grundsätze herauszufinden und zusammenzutragen, die als Grundstock zur Schaffung eines kohärenten Werks zum europäischen Vertragsrecht angesehen werden können. Die Aufgabenstellung rechtfertigt sich daraus, dass die Europäische Union über kein einheitliches verbindliches Vertragsrecht verfügt.

Ausgangspunkt der Untersuchung ist das „fragmentarische“<sup>2</sup> Gebilde an Gemeinschaftsrecht in Form von Verordnungen und Richtlinien, das sich wegen der „punktuellen Einwirkung“<sup>3</sup> durch „pointillistischen Charakter“<sup>4</sup> und eine Vielzahl von „Inkohärenzen“<sup>5</sup> auszeichnet. In den zurückliegenden Jahren wurde eine Vielzahl von Richtlinien in unterschiedlichsten Bereichen – etwa auf den Gebieten Verbraucherschutz, Haftungsrecht, Gesellschaftsrecht, Arbeitsrecht sowie Urheber- und Patentrecht – erlassen.<sup>6</sup> Es wurde gleichsam „in die gewachsenen Gebäude der nationalen Privatrechte

---

<sup>1</sup> Richtlinie 93/13/EWG des Rates vom 5. April 1993 über mißbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen (ABIEG Nr. L 95 v. 21.04.1993, S. 29 ff.).

<sup>2</sup> *Remien*, *RabelsZ* 60 (1996), 2, 8.

<sup>3</sup> *Herresthal*, *Vertragsrecht*, in: *Langenbucher* (Hrsg.), *Europarechtliche Bezüge*, § 2 Rn 1; *Kieninger*, *SZIER* 2004, 483, 496.

<sup>4</sup> *Kötz*, *RabelsZ* 50 (1986), 1, 5.

<sup>5</sup> *Basedow*, *Bitburger Gespräche Jahrbuch* 2008/I, 85, 95 ff.; *Schmidt-Kessel*, *RIW* 2003, 481, 487.

<sup>6</sup> *Wietzorek*, *StudZR* 2006, 91, 99.

(...) hier und dort ein Stein aus Brüssel eingefügt.<sup>7</sup> Das europäische Verbraucherrecht ist davon das „größte zusammenhängende“<sup>8</sup> Rechtsgebiet. Zu Recht wird es als „Lokomotive“<sup>9</sup>, „Gravitationszentrum“<sup>10</sup> oder „basic law for contracts“<sup>11</sup> der Vertragsrechtsvereinheitlichung in Europa bezeichnet. Zugleich wirken aber die Transformationsvorschriften, so wird beklagt, in den nationalen Kodifikationen wie „Fremdkörper“<sup>12</sup>, „Gespenster“<sup>13</sup>, „kleine Farbkleckse“<sup>14</sup> oder „Inseln im Meer“<sup>15</sup>, gleich einem „Archipel“<sup>16</sup>, wodurch das „bruchstückhafte“<sup>17</sup> Richtlinienkonzept der Gemeinschaft zu einer „Zersplitterung“<sup>18</sup> nationalen Rechts führt und für „permanente Unruhe“<sup>19</sup> zulasten der Rechtssicherheit<sup>20</sup> sorgt.<sup>21</sup>

Der nationale Gesetzgeber steht vor dem „Dilemma“<sup>22</sup>, aus dem „komplizierten Gemenge“<sup>23</sup> ein stimmiges Gesamtsystem zu formen. Die „sektorbezogene“ Rechtsangleichung hat dazu geführt, dass die nationalen Gesetzgeber bei Umsetzung jeder neuen Richtlinie bemüht sein müssen, Widersprüche auszuräumen, um die Einheit ihres Rechtssystems zu wahren.<sup>24</sup> Trotzdem kam es zum „Dualismus von nationalem und supranationalem

---

<sup>7</sup> *Remien*, *RabelsZ* 60 (1996), 2, 8.

<sup>8</sup> *Staudenmayer*, *EuZW* 2005, 103, 103.

<sup>9</sup> *Herresthal*, *Vertragsrecht*, in: *Langenbucher* (Hrsg.), *Europarechtliche Bezüge*, § 2 Rn 89.

<sup>10</sup> *Micklitz*, *GPR* 2007, 2, 3.

<sup>11</sup> Allerdings kritisch *Schmid*, *ERCL* 2005, 211, 212.

<sup>12</sup> *Langhein*, *Notar* 2005, 119, 120.

<sup>13</sup> Zitate entnommen aus den Vorträgen von *Ancel*, „Das Projet Catala zur Reform des Schuldrechts des Code civil in Frankreich - Einige Aspekte“, und von *Smits*, „The New Burgerlijk Wetboek of the Netherlands and the German Schuldrechtsmodernisierung“, auf der Tagung „Schuldrechtsmodernisierung und Europäisches Vertragsrecht - Zwischenbilanz und Perspektiven“ in Würzburg am 27./28.10.2006.

<sup>14</sup> *Basedow*, *Privatrechtsharmonisierung*, in: *Kieninger/Remien* (Hrsg.), *Zeichen der Europäischen Integration*, S. 113.

<sup>15</sup> *Remien*, *ZVglRWiss* 87 (1988), 105, 113;

<sup>16</sup> *Basedow*, *AcP* 200 (2000), 445, 453; *Schmid*, *ERCL* 2005, 211, 212: „one might now speak of an archipelago“.

<sup>17</sup> *ABIEG* Nr. C 255 v. 13.09.2001, S. 6.

<sup>18</sup> *Kainz*, *Umsetzung der Verbraucherschutzrichtlinien*, in: *Heusel* (Hrsg.), *Europäisches Vertragsrecht und Verbraucherschutz*, S. 64.

<sup>19</sup> *Rittner*, *JZ* 1995, 849, 851.

<sup>20</sup> *Blase*, *Grundregeln des Europäischen Vertragsrechts*, S. 55 ff.

<sup>21</sup> Vgl. kritische Anmerkung von *Heiderhoff*, *Grundstrukturen des Verbrauchervertragsrechts*, S. 210.

<sup>22</sup> *KOM* (2003) 68 endg., S. 10 Rn 22.

<sup>23</sup> *Schulte-Nölke*, *JZ* 2001, 917, 920.

<sup>24</sup> *Rittner*, *JZ* 1995, 849, 851; *Timmermanns*, *ZEuP* 1999, 1, 3.